

Das Blatt erscheint täglich mit Ausnahme
des Sonntags und Festtage.
Preis: 12 Sgr. für den Abonnenten, 6 Sgr.
für den Einzelnen.
Die einzelnen Anzeigen werden nach
der Rubrik berechnet.

Neue Preussische Zeitung.



Alle Anzeigen werden nach
der Rubrik berechnet.
Preis: 12 Sgr. für den Abonnenten, 6 Sgr.
für den Einzelnen.
Die einzelnen Anzeigen werden nach
der Rubrik berechnet.

Nr. 46.

Berlin, Dienstag, den 25. Februar.

1851.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:
Dem Fürstlichen Schwarzburg-rudolstadtischen Land-Jägermeister
a. D., von Holleben, den St. Johanniter-Orden; sowie
Dem Prediger Pauli an der Friedrichs-Werderschen Kirche
zu Berlin und dem Priester Wagonowski zu Sulmiserode, Kreis
Abelmann, den Rotten Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen;
ferner
Dem bisherigen Landraths-Amts-Verweser Gläser und dem
bisherigen Regierungs-Rath Ulrici zu Land-Raths-Amts
des Kreises Rastlau im Regierungs-Bezirk Breslau übertragen worden.

Ministerium des Innern.

Dem Landrath von Rastlau ist das Land-Raths-Amts
des Kreises Rastlau im Regierungs-Bezirk Breslau übertragen worden.

Ministerium der geistlichen Angelegenheiten.

Dem Lehrer an dem Gymnasium zu Nordhausen, Dr. August Haacke,
ist das Prädicat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Königliche Bibliothek.

In der nächsten Woche vom 3. - 8. März findet, dem 5. 24. des ge-
brachten Jahres aus der Bibliothek-Ordnung gemäß, die allgemeine Zu-
sammenkunft aller aus der Königl. Bibliothek entlassenen Bücher statt. Es
werden daher alle diejenigen, welche Bücher der Königl. Bibliothek in Hän-
den haben, hierdurch aufgefordert, solche während dieser Zeit, in den Be-
müthungen zwischen 9 und 12 Uhr, gegen die darüber ausgegebenen An-
weisungen zurückzuführen. Die Zurücknahme der Bücher erfolgt nach
eigenthümlicher Ordnung der Namen der Entleiher, und zwar von A - Z
am Montag und Dienstag, von 3 - 4 Uhr am Mittwoch und Donnerstag, und
von 6 - 3 Uhr am Freitag und Sonnabend.
Berlin, den 24. Februar 1851.
Der Königl. Geheim-Regierungs-Rath und Ober-Bibliothekar.
Dr. P. P.

Angenommen: Se. Durchlaucht der General der Infanterie und

General-Gouverneur von Neu-Vorpommern, Fürst zu Putbus, von
Putbus.

Se. Durchlaucht der General-Major und Chef des 23ten Landwehr-

Regiments, Fürst Adolph zu Schenck-Gravenitz, von
Schenck-Gravenitz.

Der Prinz Ferdinand zu Schönau-Carolath, von Götzen.

Die Politik Preussens

hat jetzt für uns einen fest gewiesenen, leicht erkennbaren Weg:
Nichts erzwingen wollen, und in Nichts nachgeben, sondern wohl-
überlegt erwarten, bis das österreichische Ministerium alle die
Fürsten und Völker, welche es durch gleichzeitige Worte von
Preussen und ihren natürlichen Interessen bündelnd, durch un-
zweideutige Thaten wieder vor sich stellen, oder bis - mit an-
deren Worten - Preussen seine Union-Politik noch einmal rück-
wärts in der rechten Weite durchgemacht hat. Es ist ein mehr
als durchsichtiger Kunststreich des Fürsten Schwarzenberg, die Ver-
handlungen in Dresden so zu leiten, daß zuletzt das Oidium, das
nichts Neues zu Stande gekommen, auf Preussen falle; doch
dürfen wir uns durch eine solche Falschheit nicht verleiten lassen,
sondern uns demselben jedes beliebige von Oesterreich proponirte
Neue zu acceptiren, oder gar den Fürsten Schwarzenberg seiner zu-
kunftigen und sonst übernommenen feierlichen Verpflichtungen zu ent-
binden. Was das Alles immerhin nicht gut sein, - wie wir es
dennoch für die Bedürfnisse und Ansprüche der jetzigen Zeit für völlig
unzureichend halten - das, was den offenen und gebelenden Willen
des Fürsten Schwarzenberg offenbar und wirklich zum Grunde
liegt, ist für Preussen, und folgerweise für Deutschland, noch weniger
erträglich, und Europa ist heute darüber im Klaren, wo es
den Kernpunkt der deutschen Entwicklung zu suchen hat. Darum kein
„Zurückgehen“ zum Bundesrat, von dem wir ja noch niemals abge-
gangen sind, und den wir als Richtschnur der deutschen Verhältnisse
nehmen müssen, sondern vorläufig ein Zurückgehen Preussens auf sich
selbst mit der ausgesprochenen Beabsichtigung, zu Allem, was wir
als heilfam erkannt, nach wie vor die Hand bieten und selbst der
Freiwilligkeit Wort halten zu wollen; keine Regelung der be-
stehenden Verhältnisse nach willkürlichen Formen und Normen, sondern
mit Rücksicht auf veränderte Instructionen und den bayerischen
Appetit nicht anders als auf dem Wege des durch das Bundes-
recht vorgesehenen Schiedsgerichts; keine Erledigung der schwebigen-
holländischen Frage durch bündige Notabie, sondern Festhaltung
des vorläufigen Bundesbeschlusses und Abklärung jedes Bestimm-
tums, was den dadurch anerkannten und garantierten Rechten der
Herzogthümer (Lüneburg) vergibt. Wir haben es uns nie verhehlt,
daß Preussen ohne Oesterreich in Deutschland nicht vermag; doch
wissen wir nicht minder gewiss, daß Oesterreich ohne Preussen nicht
möglich ist, so wie, daß die „Legitimität“ augenblicklich für die
Mächte unannehmbarer als für die, welche sich seit zwei Jahren un-
ablässig damit geübt. Es wird demnach nicht Alles in
Deutschland dem Alten bleiben, im Gegentheil fürchten wir, es
müßte sich in der Kürze nur zu viel verändern.

Deutschland.

Berlin, 24. Februar. Wir haben einmal dazu
verstanden, unsere Gedanken in Bezug eines neuen Preß-
gesetzes praktisch zu erheben; für das zweite Mal wollen wir uns
auf die Theorie beschränken, indem diese möglichst vollständig zu
erschöpfen suchen. Unsere Freunde in der Kammer haben uns auf
das alte Kom verweisen und gemeint, daß der neue Preßgesetz-
entwurf ein „Bild Dictatur“ enthalte. Wir finden zwischen bei-
den etwa so viel Ähnlichkeit, wie zwischen dem alten Ver-
trag und einem preussischen Geheimrath. Was war die Dictatur,
wenn nicht die Übertragung der Funktionen der gewöhnlichen Ge-
wesen und Behörden in die Hand eines durch besondere Ge-
setze berufenen Mannes zu einem durch besondere Gefahren ge-
gebenen vorübergehenden Zweck, und was ist der neue Preßgesetz-
entwurf, wenn nicht die Anbahnung aller Gewalt in den Händen
der gewöhnlichen Verwaltung, d. h. desjenigen Gliedes unserer
Staatsorganisation, welches wir bisher stets als das bedenklichste
und fruchtbarste und als Wozel und Quelle unserer Leidigen
Zustände zu betrachten gewohnt waren? Willkürherrschaft der
Bürokratie ist aber ungeschickter als die Gegenwehr der Dictatur.
Nicht anders verhält es sich mit der Meinung, als bringe der
neue Preßgesetz-Entwurf eine heilsame Verbindung von Justiz und
Administration. Wir finden eine solche Verbindung nur dort,
wo dieselben Behörden Justiz und Administration verwalten
und natürlich dem entsprechend gebildet werden, nicht aber da, wo
wie hier, Justiz und Administration nur in Bezug auf denselben
Gegenstand und durch dasselbe Gesetz eingeführt, im Uebrigen aber
die betreffenden Behörden befallen werden sie sind.

Was endlich die Ausrufung betrifft: „Gott von links her eine
französische Revolution und Constitution voll Freiheit, dann von
rechts her ein französisches Preßgesetz voll Zwang und Dictatur.“
Das ist ja - Alles nach der Schnur - gerade wie in dem
Juli-Französischen, unsern Musterlande, so möchten wir unsern
Freunden zu bedenken geben, daß diese vollständige Realisation des
Wunderlandes Frankreich nur mit ihrer Hilfe möglich wird, und
daß wir natürlich kein anderes Resultat zu erwarten haben, als

was dem guten König Louis Philipp zu Theil geworden ist, näm-
lich ein zweiter Sturz, gewaltiger als der erste, ein Sturz, von
dem wir unsere Hände rein halten wollen.

Wie wir aus London erfahren, ist das Ministerium Russell-Palmerston abgetreten; die Königin hat nach Lord Stanley geschickt.

Se. Majestät der Königin haben durch Allerhöchste Ordre
vom 3. d. M. mit Rücksicht auf die unter dem Rheinvertrage
erfolgte Vereinbarung einer vollständigen Verordnung über das Ver-
halten des Rheins von Basel bis zur See das Reglement vom
16. Januar 1841 über das Vorbeifahren der Dampfschiffe und
andere Schiffe auf dem Rheine außer Kraft zu setzen geruht.
- Dem General-Lieutenant v. Rochow, welcher nach Ablauf
eines ihm bewilligten zweimonatlichen Urlaubs auf seine Stelle als
bisheriger Gesandter nach St. Petersburg zurückkehren wird, ist in
dieser Tagen von St. Maj. dem Könige der Rote Adler-Orden
1. Klasse verliehen worden.

Der „Hamb. Correspond.“ berichtet, daß Dr. v. Liebow,
dem bei Gelegenheit der Verhandlung über die schwebigen-
holländische Angelegenheit, in Folge angenommenen Schlußes der Debatte,
nicht geküßt war, das Wort in dieser Angelegenheit zu nehmen,
gegenwärtig mit einer genauen Darlegung der den Rheinvertrage
mit Dänemark betreffenden Thatsachen beauftragt ist. Diese Dar-
legung des Hrn. von Liebow, der bekanntlich die Unterhandlungen
im Namen Preussens mit Dänemark geführt hat, wird insofern
nur für die Abgeordneten gerichtet.

(Erl. Kammer.) Im Wahlbezirk Dels ist St. Durchl.
der Fürst zu Hohenlohe-Ingelfingen gewählt worden.

Von den 4 literarischen Anzeigen, welche während der
diesjährigen Session mit dem königlichen Dampfer in der hiesi-
gen Domkirche abgehalten werden sollen, wird die erste nächsten
Sonnabend um 6 Uhr Abends bei heller Kirchenbeleuchtung statt-
finden.

Ein Mitglied der zum Archiv des früheren Reichs-
kammergerichts berufenen Commission schreibt uns aus
Weimar vom 20. d. M. Folgendes:

„Ein Vorkommnis, das eine sehr augenblickliche, kam zurück mit
der Meinung: ich habe meine Befehle vollzogen, aber die Person selbst
nicht. Demnach, so wie ich mich verhalte, ist nicht Oesterreich, sondern
Wahlkreis, wohnt nicht in der Landeshauptstadt Nr. 4, sondern in der Kom-
mandanturstraße Nr. 20.“

Größe so ergibt es der „Konstitutionellen Zeitung“ mit ihrem Bericht
über die Reichsversammlung in Weimar in Nr. 74. Der
Ziele der Reichsversammlung, die eine sehr augenblickliche, kam zurück mit
der Meinung: ich habe meine Befehle vollzogen, aber die Person selbst
nicht. Demnach, so wie ich mich verhalte, ist nicht Oesterreich, sondern
Wahlkreis, wohnt nicht in der Landeshauptstadt Nr. 4, sondern in der Kom-
mandanturstraße Nr. 20.“

Frankfurt a. D., 22. Febr. Bei der gestern vorgenommenen
Wahl von 10. unbesetzten Schiffs hat die konfessionelle Par-
tei des Gemeinderaths alle ihre Kandidaten durchgesetzt.

Breslau, 21. Februar. Heute kam eine beträchtliche Anzahl
von schlesischen Reservemannschaften hier an, die in ihre Heimath
entlassen wurden. Das 2. Bataillon des 11. Infanterie-Regi-
ments wird Montag Nachmittag als Kriegsbefehlshaber. Das
ganze Regiment wird Dienstag nach der Provinz Posen ausmar-
schiren.

N. Breslau, 23. Februar. [Zur B. Regiments-Merkmal.]
Unsere Gedanken über den „Breslauer Zeitung“ die
Rechtfertigung der Wahl des Bürgermeisters Barthel gegen die
„Konst. Correspondenz“ nicht mit Glück und Sicherheit dem Ge-
büchlein selbst zu Dank. Hier (in Breslau) kann man seinen
Grund, weshalb die Befähigung ausbleiben sollte, denn die Be-
setzung der wichtigsten Aemter könne unmöglich von einer subje-
ktiven Partei der Regierung abhängig und damit das Wahlergebnis der Ge-
meinden willkürlich gemacht werden.“ Also ohne Zweifel der schwe-
rende Novemberprozeß eine Raune der Regierung, gleich wie eine
der Sicherheits-Auslösung und die Souveränitätsverletzung der Na-
tionalversammlung durch die Breslauer Communalbehörden eine
„Raune“ des Magistrats! Auch die Thatsache, daß die Wahl
als ein Sieg des demokratischen Elements zu betrachten, sei falsch.
Die reine conservativ-Mehrheit und eine kleine Anzahl von Re-
formanten habe ihn gewählt.“ Da ist wieder einmal die „Dre-
gierung“ erklährt, der von der „kleinen Anzahl“ nicht bekannt
ist, abgesehen von dem Umstande, daß das demokratische Element
sich nicht gerade auf die rechte Republik beschränken dürfte. Die
einfache Erklärung der Wahl ist die Gewandtheit bürgerliche Unbe-
scholtheit und der Umstand, daß der Demokratie keinerlei Aus-
sicht blieb, eine ihr ungeführte Persönlichkeit durchzubringen.

Halberstadt, 22. Febr. Hier wird die Gründung einer Ge-
werkschule zur Hebung des Wohlstandes der Handwerker eifrig be-
trieben. Es ist bereits ein Statut entworfen, und eine öffentliche
Ausschreibung zur Ausrückung erlassen. Es soll ein Kapital
von 4000 Thlr. durch 800 Aktien à 5 Thlr. zusammengebracht
werden.

Düsseldorf, 20. Februar. (M. B. Z.) Gestern Nachmit-
tag kam das Infanterie-Bataillon des 17. Inf.-Regiments in 2
Zügen aufeinander folgenden Bahnhöfen von Oberhausen hier an.
Nachdem dasselbe sich geordnet, wurde es von General Riesebeck
und Oberst Ruffow mit Musikbegleitung der Jäger in die Stadt
geführt und paradierte vor dem Hause des Divisional-Commandeurs
General Clebsch vorbei.

Wesel, 18. Februar. (M. B. Z.) Heute gegen Mittag
ist auch das zweite Bataillon des 13. Infanterie-Regiments ein-
gerückt, so daß, nachdem auch die 19. und 21. mobile reisende
Batterie zurückgekehrt sind, die Besetzung unserer Stellung bis auf

das noch in Kassel stehende 1. Bataillon des 13. Infanterie-Regi-
ments wieder vollständig ist. Alle hierher zurückgekehrten Trup-
penteile haben ihre Reservisten sofort entlassen, und sind dieselben
dadurch auf die gewöhnliche Friedensstärke reducirt worden.

Barmen, 20. Febr. Des Königs Majestät haben die Wahl
des Kommerzienraths Christian Herrmann Siebel zum ersten Be-
geordneten hiesiger Gemeinde Allerhöchst bekräftigt.

Magen, 19. Februar. Die A. Z. meldet: Nach einer hier
eingetroffenen Verfügung des Herrn Ministers des Innern soll in
denjenigen Kreisen des hiesigen Regierungsbezirks, in welchen die
Einführung der neuen Gemeinde-Ordnung als beabsichtigt an-
gesehen werden kann, mit der zur Einführung der Kreis-Or-
dnung erforderlichen Vorbereitungen begonnen werden.

Wien, 22. Febr. (Notizen.) Dem Vernehmen nach, mel-
det das „Neuzeit“-Bureau, wird Se. Majestät der Kaiser die
Reise nach Genua schon zu Ende des kommenden Monats März
antreten. - Se. Durchlaucht der Fürst Liechtenstein soll das prächt-
volle sogenannte Hofmuseums-Palais an die geologische Reichs-
anstalt auf 20 Jahre gegen einen sehr mäßigen Zins verpachtet
haben. - H. Graf Nugent ist mittels Dampfschiff von
Triest nach Ancona abgegangen, um sich von da nach Neapel zu
begeben. In Ancona wird sich der Großherzog von Oldenburg,
Bruder der Königin von Griechenland, auf demselben Dampfer
nach Griechenland einschiffen.

Bei der letzten Versammlung des Zollcongresses
wurde beschlossen, den Zoll für geistliche Aemter über die Grenzen
gegen die See und die fremden italienischen Staaten von 3 Fl.
auf 3 Fl. 30 Kr. zu erhöhen, den Zoll von gebrannten Schwei-
nischen, Wurstwaren und Scherben auf 250 Fl. in der Einfuhr
festzusetzen und bezüglich der Haderwaren- und der Papier-
fabrikate die Commission der Ausmittlung der Ziffern zu über-
lassen. Nach Ablauf von zwei Monaten, von Tage der aller-
höchsten Genehmigung gerechnet, sollen alle im Tarif festgesetzten
Einkünfte bezüglich der Holz- und Fabrikationsstoffe in Wier-
samkeit treten. Für die Einfuhr soll der Tarif erst in 4 Monaten
zur Geltung kommen.

Die Gründung eines griech.-katholischen (ruthenischen) Ge-
meinde in Wien soll definitiv beschlossen sein, und es wird mit
dem kommenden Schuljahr in's Leben treten. - Es wird ver-
sichert, daß den schon ausgesprochenen Redaktionen der „Arbeiter“
noch größere Folgen werden, und zwar sollen 40 Mann per Compagnie
beurlaubt werden. - Am 1. April wird der oberste Justizhof des
lombardisch-venetianischen Königreichs seine Funktionen in Wien
eröffnen. - Im Ministerium des Innern ist der Aufschuß
gefallen, die sonntägliche Christenheit nicht nur auf den
Religionsunterricht allein zu beschränken, sondern dieselbe auch auf
andere gemeinnützige Kenntnisse auszuweiten, unter welchen insbe-
sondere populäre Vorträge in der Geographie und Geschichte einen
ersten Platz einnehmen werden. Dieser Aufschuß ist bereits dem
Conseilium zur Begutachtung mitgeteilt worden. - Am 19.
Februar ist der erste Bezug auf der Prag-Dresdener Bahn von
Dresden in Böhmen Hauptstadt angekommen. Abends wurde
dieselbe ein Transport der nach Wien eingeschifften, für die Kon-
doner Industriekausstellung bestimmten Industri-Expositionen erwar-
tet, welche am folgenden Tage auf der Dresdener Bahn weiter
befördert werden sollen. - Wiener Militär-Verordnungen des Ge-
richts, daß der neue Justiz-Minister Modifikationen in der Gerichts-
Organisation für Ungarn vorzunehmen beabsichtige, und führen
als eine solche Modifikation namentlich an, daß die fünf Districts-
Obergerichte auf vier reducirt werden sollen. - In Weßburg hat
der Obergepan, Graf Alvens, dem dortigen Vorkämpfer der
israelitischen Gemeinde, Marcus Schap, das Bürgerrecht der Stadt
Weßburg verliehen und dadurch den vielbesprochenen Gemein-
deträufel vom 9. Januar 1851 außer Kraft gesetzt. Die
Weßburger Gemeindevertretung wird wohl dagegen recurriren, aber
schwerlich etwas ausrichten. - In Pest wurde am 16. d. M. im
deutschen Theater der erste Maschinenball abgehalten. Derselben,
welche maskirt erschienen wollten, mußten die Bewilligung bei der
Polizei nachsuchen.

München, 19. Febr. Die Präsidien der beiden Kammern
liefern gestern eine Broschüre, betitelt: „Die Politik der bayeri-
schen Staatsregierung“, an sämtliche Mitglieder der Kammern,
in der alle Schritte der bayerischen Staatsregierung in Bezug auf
die deutsche Angelegenheit, somit auch auf Kurpfaffen, vollkommen
als durch Recht und Gerechtigkeit dargestellt werden. Ein
Verfasser ist nicht genannt.

Karlsruhe, 19. Febr. An sämtliche Ober- und Bezirks-
Aemter ist folgendes Recept des Ministeriums des Innern
ergangen: „Nach zuverlässiger Mitteilung dürfte ohne Zweifel in
Folge der bevorstehenden Reducirung der holländischen Armee
bald eine Menge entlassener Soldaten nach Süddeutschland kommen.
Nach anher gelangten Mittheilungen sucht die revolutionäre Pro-
paganda sich dieser Leute als Mittel zur Verbreitung ihrer Pläne
und Grundzüge zu bedienen. Zur Vermeidung des Eindringens
solcher Leute in das Großherzogthum wird im Unerkennlichen mit
Groß. Kriegsministerium verfügt: 1) Aus Holsheim kommende
Reisende, welche sich weder als Angehörige des Großherzogthums,
noch über einen unverfänglichen Reisepaß durch gebräuchlich be-
stehende Reisepässe und Wanderbücher ausweisen können, sind an der
Grenze zurückzuweisen. 2) Inländer und mit Reisepässen versehen
verfahrende Fremde, die nicht in aller Hinsicht unverdächtig erscheinen,
sind, so wie deren Reisegeld, bei ihrem Eintritte in das Land
einer genauen Visitation zu unterziehen, und ist nach Befund, un-
ter Verwehren mit dem Großherzogthum. Militairpolizei-Districts-Kom-
mandanten, gegen dieselben einzuschreiten. Während ihres Aufen-
halts im Lande sind dieselben in angemessener Weise beaufsichtigen
zu lassen. 3) Im Falle sich ein solcher Anhang solcher Reisenden
an der Grenze zeigt, ist sogleich Anzeige davon zu machen.“

20. Febr. Die neue Nummer des groß. Regierungs-
blattes vom 15. Februar enthält die Gesetze, die Einführung des
Strafgesetzbuchs, des neuen Strafverfahrens und der Schwur-
gerichte betreffend.

Frankfurt a. M., 22. Febr. (Verluste der Börse.)
Werden die zahlreichen hiesigen Besitzer von öffentl. Staatspapieren
und Banknoten von dem heillosen Wurm hart betroffen, der in
der Finanz- und Geldwirtschaft des Kaiserreichs herrscht, so
haben die bei dem Schuldensystem der öffentlichen Kapitalien in Ungarn
und den übrigen Kronländern beistehenden Capitalisten noch einen
Grund mehr, Klage zu führen, weil sie zugleich das Opfer einer
durch die neue Staatsgesetzgebung gemachten Rechtsverletzung sind.
Die Gesamtsumme der von diesen Herrschaften theils unter Mit-
wirkung, theils ausschließlich bei hiesigen Bankhäusern von Zah-
lungen abgeschlossenen Anleihen beträgt sich auf viele Millionen, die
dafür ausgegebenen Partial-Obigationen aber befinden sich zu ei-
nem großen Theile in den Händen von Frankfurter Capitalisten.
In diesen Schuldverträgen ist ausdrücklich bestimmt, daß sowohl Zah-
rungen, wie zur Verfallzeit das Capital in künftiger Silber-
Rente, namentlich in Silber-Obigationen, von denen drei auf ei-
nen Gulden G. R. kommen, abgeführt werden sollen; doch hat
die österr. Regierung die Schuldner ermächtigt, die resp. Zahlungs-

gen in dem jetzt coursirenden Papiergelde zu leisten, der von den
Gläubigern zu seinem vollen Nennwerthe angenommen werden
muß. Zu dem ihnen hierdurch erscheidenden Verlust, der sich nach dem
Cours der Wiener Valuten demalsten auf etwa 28 S. für je 120
K. berechnet, kommt nun noch, außer einer nicht bedeutenden Steu-
relast, eine Einkommensteuer von je 5 Flr. die den Zinsbegehren
von vornherein in Abzug gebracht werden!

22. Februar. Das „Fr. Z.“ meldet: Se. K. Maj. der
Prinz von Preussen wird hier erwartet, um über die unsere Gar-
nison beiziehenden pr. preussischen Truppen Musterung zu halten.
Bereits sind mehrere zum Gefolge des Prinzen gehörige Offiziere
hier eingetroffen.

Kassel, 19. Febr. Die D.-P.-Z. meldet: Die hier in Gar-
nison gelagerten bayerischen Truppen haben heute bis auf
eine halbe Compagnie verlassen, welche so lange hier bleibt, bis
andere bayerische Truppen wieder einrücken. Diese sind nun heute
spät Abends durch die Stadthalle bekannt gemacht und auf mor-
gen angelegt. Den hiesigen Offizieren ist der Befehl zugegangen,
dem Fürsten von Thurn und Taxis Abschiedsbesuche zu machen.
Man spricht von der in den nächsten Tagen bevorstehenden Ver-
lobung der zweiten Tochter des Kurfürsten mit einem Prinzen
von Bentheim-Steinfurt, der als Major in großherzoglich hessischen
Dienst steht.

22. Februar. Die ministerielle „Kass. Zeitg.“ meldet:
Gestern Abends halb 8 Uhr rückte das, bisher im Kreise Hanau
gelagerte, erste kurfürstliche hessische Infanterie- (Leib-)
Regiment mit klingendem Spiel hier ein. Dasselbe wurde vom
kurfürstlichen hessischen General-Major an der Eisenbahn empfangen
und in unsere Stadt geleitet, wo es einquartirt wurde. Eine zahllose
Menschenmenge folgte dem Regimente vom Bahnhofe bis zur Ka-
serne unter beifälligen Hurrarufen, das allmählich so überhand
nahm, daß, als die Fahne des Regiments auf dem Friedhofe
in das kurfürstliche Palais gebracht wurde, eine vom Aufseher her-
beigekommene Patrouille vom Garderegiment einschritt und dem
tobenden Lärm ein Ende zu machen genöthigt war. In der
Königlichen Straße waren verschiedene Fenster mit Lichtern besetzt.

Darmstadt, 16. Februar. [Eine interessante
Kammerverhandlung.] Sie wissen bereits, daß unsere zweite Stän-
denkammer bis zum März vertagt ist. Erlauben Sie mir,
inzwischen auf die Ihnen freilich schon bekannte Sitzung dieser
Kammer vom 6. und 7. Februar hier noch einmal zurückzukommen.
Es war dieselbe von nicht geringem parlamentarischen, und, wie
Ihr Berichterstatter glaubt, selbst über die Grenzen unseres kleinen
Staats hinausreichendem Interesse. Nicht darin, daß die Demo-
kratie mit ihrem wichtigsten Antrage eine totale Niederlage erlitt
(alle Konstitutionellen hatten mit der Regierungspartei gestimmt),
finden wir die Bedeutung des Tages, - denn wo Oesterreich
und Preussen wieder die Geschichte Deutschlands bestimmen, ist
entschieden, nach allen Richtungen hin mit der Revolution zu
brechen: da mehr selbst der glänzendste parlamentarische Sieg der
hiesigen Kräfte doch nur ein lächerliches Spielchen im Glase Wasser.
Sondern gerichtet, moralisch vernichtet wurden an die-
sem Tage unsere Kräfte. Wie auf der Armenüberhand
haben sie gesehen, und mußten die Geschichte ihrer Unthaten an
sich vorüberziehen lassen, daß sie erlitten und das Wort ihnen
auf der Lippe erstarb. Nur in Miller-Melchior's lobte
noch einmal ein wildes demokratisches Geknurre auf, fast mit dem
Erfolg, in tumultuärer Auflösung die Sitzung zu strengen;
alle Uebrigen schrien, auch wo sie es an Rücksicht und cla-
quarumäßigem Geknurre nicht fehlen ließen, den Schluß in ihren
Gängen. - Todesurtheile gingen während der Sitzung.

Die Abgeordneten der Regierung, einem jungen, talent-
vollen Manne. Unser Hochachtung vor der Energie und Geistes-
schärfe, mit der er der Sache an ihren Nothen vollzog, ist um
so aufrichtiger, da wir seinen Standpunkt noch nicht als einen
nachhaltig conservativen zu erkennen vermögen, er vielmehr in fu-
gendem Eifer nach dem vollen Sieg in den ideologischen In-
teressen Getha's, in einer von uns nicht getheilten Verurteilung
Gegensatz der Bestrebungen befangen erscheint.

Ihr Berichterstatter hofft auf Ihre Zustimmung, wenn er mit
der der Wichtigkeit dieser Niederlage entsprechenden Ausführlichkeit
berichtet.

Herr Lehne, rühmlichen Steuererweiterungsangelegenheit, hatte
den Antrag gestellt, das jüngst octroyirte Wahlgesetz solle als die
Grundgesetze des Staates verlegt, und die nach demselben be-
rufene Kammer für nicht befugt erklärt werden, die Rechte der
Stände auszuüben. Genuß litt dieser Antrag an Inconsequenz
bis zur Aburtheilung. Herr Lehne mit seinem Gefolgsgenossen hat
sich nach diesem „verfassungswidrigen“ Wahlgesetz wählen
und nicht verpflichten lassen, hat die Kammer in ihren Gliedern,
Beamten und Ausschüssen vollständig constituirt helfen, und ver-
langt nun von dieser Kammer, sie solle erklären, sie sei gar keine
Kammer, und habe nicht das mindeste verfassungsmäßige Recht,
einen Kammerbeschluß zu fassen, soll aber doch durch Kammer-
beschluß wieder sich selber auflösen, um einer verfassungswidrigen
maßregeln würdigen Platz zu machen! Der Ausschussbericht trug
auf Abweisung dieses Antrags an. Nur Herr Miller-Mel-
chior's hatte in einem fulminanten Separatvotum für den Antrag
sich erklärt, behauptend, dieses Wahlgesetz sei nur der letzte Schritt
des schon lange her mit eifriger Consequenz verfolgten Plans:
„die Verfassungsurkunde zu einem rechtlosen Document zu machen,
und die absolute Herrschaftsgewalt in dem Großherzogthum wieder
herzustellen.“

Der Bericht war verlesen, und Herr Eich trat die Rede-
bühne. Er suchte zuerst im Allgemeinen die Frage zu beantwor-
ten, ob ein Nothstand des Staates und ein damit zusammen-
hängendes Staatsnotrecht überhaupt denkbar sei? Er wies
nach, daß ein solcher Fall für uns eingetreten sei, wenn die be-
stehende Verfassung nicht mehr die Mittel biete, mit Wahrung
des ihr zu Grunde liegenden monarchischen Princips
einer Verdröben drohenden Situation herauszukommen. Der
Redner fuhr sodann folgendermaßen fort:
„In einem solchen Falle bleibt den verantwortlichen Mächten der Krone
nur die Alternative, entweder mit thätlicher Resignation den Staat seinem
Schicksal zu überlassen, oder auf jede Gefahr hin, nach better Ueber-
zeugung vor dem Richterthum Gottes, der Menschheit und des eigenen Ge-
wissens zu thun, was die Gefahr des Augenblicks gebietet. In einem
solchen Falle ist die bürgerliche Gewandtheit einer absoluten Gehilfen nicht
hinreichend, den Staat zu retten; in einem solchen Falle hilft nur Muth,
Thätkraft, geknüpft auf den Glanz, daß eine höhere Hand die Geschichte
der Völker und Staaten lenkt, und daß diese Hand den nicht verläßt, der
aufrichtig das Gute will.“

Welches war nun unsere Lage in den drei verflochtenen Jahren? Die
Mittelwesen unseres Staatsministeriums waren von fester Dauer. Ein
großer Theil ging von dem Augenblicke an durch unter Verfall, als die repu-
blikanischen Geister immer stärker hervortraten, da man die Regierung
gewaltthaten, die man gleichmäßig „um der Sicherheit des Thrones willen“
verlangt hatte, von Tag zu Tag unentbehrlich zum Sturz derselben zu ge-
brauchen anfing. ... Raum hatte die Nationalversammlung in Frank-
furt ihre Thätigkeit begonnen, so tagte in derselben Stadt ein demokrati-
scher Congress, der als lebende Spitze einen Centralausschuß wählte, in
welchem neben Ronge und Bahrhoffer auch drei Rheinländer, 31,

Großbritannien. London: Große Bewegung gegen das Mi-
 serium über die Einkommensteuer. Eine Aufzählung des Parla-
 ment nicht unvollständig.
 Italien. Rom: Ital. Dep. — Kom: Einrichtung.
 Schweiz. Bern: Grosskath. Anz.
 Zürich. Bern: Ital. Dep.

Große Sammler.
 Verantwortlicher Redakteur: Wagner.
 Verlag und
 Druck von C. G. Brandis in Berlin, Dönhofs-Strasse Nr. 10.